

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 14.- M., vierteljährlich 42.- M., durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 12.50 M., vierteljährlich 37.50 M.

Verlagsdruck: Nachrichten Dresden. Verleger: Hermann Scholz. Nr. 241.

Schwerfmetalle und Kautschukstoffe: Merkesstraße 38/40.

Druck u. Verlag von „epich & Reichardt in Dresden. Verlagshaus 1088 Dresden.

Druck nur mit bestmöglicher Genauigkeit. (Dresdner Nachr.) zulässig. — Unersuchte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Kakao Deutschmeister Petzold & Aulhorn A.-G., Dresden. Wirklich hervorragende Qualität.

BANKHAUS HERMANN SCHULZ, Kommanditgesellschaft, 12. Schreibergasse 12. Sämtl. bankmäßigen Geschäfte. Finanzielle Beratung.

Verleih-Magazin für Möbel, Porzellan, Gläser, silberne Bestecke, Tischwäsche, Tafeln u. Stühle usw. Andreas Wold. Gottschalch. Tel. 21498 - Prager Straße 19 - Tel. 12652.

Ueberreichung des deutschen Reparationsplans.

„Drei glückliche Ergebnisse.“ Wagner Drahtbericht der Dresdner Nachrichten. Berlin, 28. Jan. Die Deutschr. Reichsregierung ist heute um 12 Uhr dem Vorsitzenden der Garantiekommision in Berlin als dem Vertreter der Reparationskommission überreicht worden.

London, 28. Jan. Der „Daily Chronicle“ schreibt: Die deutsche Antwort wird heute der Reparationskommission überreicht werden. Drei glückliche Ergebnisse können verzeichnet werden: 1. Die Antwortnote wird zur vorgekehrten Seite eingekapselt sein. 2. Sie wird für die Alliierten befriedigend sein.

Wilmährliche Einschränkung der Banknoten-ausgabe? Berlin, 28. Jan. In ununterrichteten Kreisen ist man in der Frage der Verminderung des Notenumlaufs der Ansicht, das eine sofortige und plötzliche Einschränkung der Banknotenausgabe im gegenwärtigen Augenblick nicht möglich ist.

Wirths Lob aus französischem Munde. (Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.) Paris, 28. Jan. Die französischen Kommentare, die bisher in der französischen Presse zur gestrigen Rede des Reichskanzlers vorliegen, verraten eine gewisse Unsicherheit.

Bonhoff des französischen Botschafters durch Garding. Die amerikanische Zustimmung gegen Frankreich. (Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.) London, 28. Jan. Einer Washingtoner Depesche der „Morning Post“ zufolge schickte Präsident Harding es in den letzten Tagen zweimal ab, dem französischen Botschafter Jasserand zu empfangen.

Noch keine amerikanische Entscheidung über Genoa. Kein Aufschlag der Konferenz? (Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.) Paris, 28. Jan. Die Erklärungen, die man von der amerikanischen Regierung wegen der Teilnahme an der Wirtschaftskonferenz in Genoa erwartet, sind gestern abend noch nicht eingetroffen.

Rathenau Minister des Aeußeren? Berlin, 28. Jan. Dem „Verf. Lokal-Anz.“ zufolge verläutet aus parlamentarischen Kreisen erneut mit großer Bestimmtheit, der Reichskanzler beabsichtige, Dr. Rathenau zum Minister des Aeußeren zu berufen.

Die Gefährdung von Landwirtschaft und Industrie durch die Zwangsanleihe. Berlin, 28. Jan. Von einer gut unterrichteten Stelle, die bei den Verhandlungen um die Kredithilfe politisch und wirtschaftlich mitgewirkt hat, wird der „Lokal-Anzeiger“ mitgeteilt, durch die Zwangsanleihe werde die Industrie so angepannt, daß sie überhaupt kein eigenes Angebot mehr aufrechterhalten könne.

Die Verschleppung der deutschen Vorkriegs-anleihen. Berlin, 28. Jan. Wie die „Lokal-Anzeiger“ zuverlässig erfährt, sollen Anfang Februar die Vorkriegsanleihen des auswärtigen Amtes veröffentlicht werden. Die gesamten Dokumente über die diplomatischen Verhandlungen seit 1871, also seit Bestehen des Deutschen Reiches, sollen veröffentlicht werden.

Wilhelms II., sondern auch aus den Fehlern Jochenbachs und Erzberger's gelernt. Er habe es verstanden, das Vertrauen der Staaten zu erwerben, ohne als deren Diener zu erscheinen, ein Fehler, den Erzberger mit seinem Leben bezahlt hätte.

zu der gestrigen Rede des Reichskanzlers schreibt „Petit Parisien“, die Worte, das Deutschland nicht mit einem Dolch im Gewande nach Venua gehe, und daß es sich den Reparationen nicht entziehen wolle, würden gern gehört.

im Foreign Office erklärt worden. Letzteres habe hinzugefügt, daß diese Konferenz in der Hauptache eine europäische Angelegenheit sei und somit stattfinden müsse, insofern George sei jedenfalls entschlossen, sich persönlich nach Venua zu begeben, doch werde in englischen offiziellen Kreisen zugesehen, daß der Einfluß der Vereinigten Staaten, ob sie nun an der Konferenz teilnehmen oder nicht, auf ihr vorherrschend sein wird.

Rathenau Minister des Aeußeren? Berlin, 28. Jan. Dem „Verf. Lokal-Anz.“ zufolge verläutet aus parlamentarischen Kreisen erneut mit großer Bestimmtheit, der Reichskanzler beabsichtige, Dr. Rathenau zum Minister des Aeußeren zu berufen.

Die Gefährdung von Landwirtschaft und Industrie durch die Zwangsanleihe. Berlin, 28. Jan. Von einer gut unterrichteten Stelle, die bei den Verhandlungen um die Kredithilfe politisch und wirtschaftlich mitgewirkt hat, wird der „Lokal-Anzeiger“ mitgeteilt, durch die Zwangsanleihe werde die Industrie so angepannt, daß sie überhaupt kein eigenes Angebot mehr aufrechterhalten könne.

Die Verschleppung der deutschen Vorkriegs-anleihen. Berlin, 28. Jan. Wie die „Lokal-Anzeiger“ zuverlässig erfährt, sollen Anfang Februar die Vorkriegsanleihen des auswärtigen Amtes veröffentlicht werden. Die gesamten Dokumente über die diplomatischen Verhandlungen seit 1871, also seit Bestehen des Deutschen Reiches, sollen veröffentlicht werden.

Der Kampf um die Schule.

Der die richtige Einstellung zu dem einflussreichen in der Verfertigung des Ausschusses verführerischen Reichsschulgesetzentwurf gewinnen will, muß sich vor Augen halten, daß es sich bei den dort aufgeworfenen Fragen um einen Kampf der Weltanschauungen handelt, zwischen denen es keine Brücke gibt.

Die Gemeinshauschule, wie sie der Entwurf in Aussicht nimmt, die ihrem eigentlichen Wesen nach nichts anderes sein würde als eine weltliche Schule mit angelegtem Religionsunterricht, ist überdies verfassungswidrig und daher auch aus diesem formalen Grunde für die Gegner der weltlichen Schule unannehmbar.

Die Gemeinshauschule, wie sie der Entwurf in Aussicht nimmt, die ihrem eigentlichen Wesen nach nichts anderes sein würde als eine weltliche Schule mit angelegtem Religionsunterricht, ist überdies verfassungswidrig und daher auch aus diesem formalen Grunde für die Gegner der weltlichen Schule unannehmbar.